

Gedanken zur Aufrüstung Europas

1987 unterzeichnete der damalige US-Präsident Ronald Reagan und sein sowjetisches Pendant Michail Gorbatschow eine Vereinbarung zur Halbierung aller Atomwaffen und die Abschaffung aller ballistischer Raketen binnen 10 Jahren. Auch wenn dieses Abkommen schlussendlich nicht Bestand hielt, war es Basis für weitere Abkommen, Anfang einer umfangreichen Abrüstung und auch der Anfang für das Ende des kalten Krieges (1945 bis 1991). Die Staaten sparten bei ihren Armeeeinvestitionen und konnten das Geld anderweitig einsetzen. Aus dieser Situation ist auch das Wort Friedensdividende hervorgegangen.

Es scheint nun, als hätte sich besonders Europa zu stark auf diese Friedensdividende verlassen und Investitionen in die eigene Sicherheit auf fast fahrlässige Art und Weise vernachlässigt. Die Wahrnehmung, dass es keine physischen Kriege mehr geben wird, sondern diese nur noch über Cyber-Attacken oder auf andere Art und Weise ausgeführt werden, war falsch und hat zu falschen Investitionen geführt. Allein im Zeitraum zwischen 2000 bis 2023 sind die europäischen Armeen deutlich geschrumpft. Verfügten Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Italien und Spanien im Jahr 2000 noch über 5'878 Panzer, waren es per Ende 2023 lediglich noch 1'239. Zurückgegangen sind auch andere Geräte wie Kriegsschiffe (von 137 auf 85) oder Kampfflugzeuge (von 1'973 auf 958). Die tiefen Bestände an Material bedeutet, dass Europa heute allein nicht mehr in der Lage ist, einem direkten Konflikt wie in der Ukraine standzuhalten.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat nun zu einem Aha-Erlebnis geführt und zwingt europäische Staaten wieder vermehrt in die eigene Verteidigung zu investieren. Man will und kann sich nicht mehr auf die USA verlassen, welche ihrerseits auch nicht mehr gewillt sind, die Kosten eines Krieges und dies nicht nur in finanzieller Hinsicht zu tragen.

Auch wenn politisch die Einsicht von höheren Investitionen gereift ist, stellen sich dabei zahlreiche grosse Herausforderungen. Zum einen ist dies der finanzielle Aspekt. Die meisten Länder Europas sind nicht in der Lage grosse Summen in ihre Armeen zu investieren, weil die Gelder dazu fehlen, die Steuerraten hoch sind und laufend neue Haushaltsdefizite erwirtschaftet werden. Zwangsläufig müssten Investitionen mit Einsparungen an anderen Orten gepaart werden, was den Wohlstand zumindest teilweise in Frage stellen könnte. Zum anderen stehen weiterhin nationale Interessen über den Europäischen. Die Armeen in Deutschland und Italien haben andere Ausgangslagen und die Länder eine andere geographische Lage, was in unterschiedlichen Bedürfnissen mündet und eine gemeinsame Aufrüstungsstrategie in Frage stellt. Entsprechend sind auch Synergien aus gemeinsamen Beschaffungen eher klein.

KEY RESEARCH

Zudem muss man sich bewusst sein, dass die Aufrüstung von Armeen über Jahrzehnte dauert. Aktuell ist Europa daran die Produktionskapazitäten zu erhöhen, um überhaupt die benötigten Materialien produzieren zu können. Auch hier stellt sich erneut die Finanzierungsfrage. So denkt die EZB über Anleihen nach, welche für Investitionen in Kriegsmaterial aufgenommen werden sollen. Eine Finanzierung der Aktivitäten über die Zentralbank kommt dabei, zum zweiten Mal nach den Covid-Finanzierungen, einer gemeinsamen Schuldenaufnahme gleich. Konkret sind dies Schulden der Europäischen Union und damit der Mitgliedsstaaten. Geradestehen müssen dafür die finanziell starken Länder, welche in der Regel bereits jetzt mehr für ihre Verteidigung ausgeben als die finanzschwachen Länder. Neue Schulden scheinen unausweichlich zu sein, da die Staaten nebst der Aufrüstung auch mit horrenden Kosten für den Klimaschutz konfrontiert sind.

Das ein Umdenken stattgefunden hat, zeigen die neusten Auswertungen zu den Verteidigungsausgaben. Von den insgesamt 31 Nato-Ländern erreichen momentan 19 (darunter die Niederlande, Deutschland und Frankreich) die geforderten 2% der Wirtschaftsleistung. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr immerhin 8 Staaten mehr. Damit dürften die geplanten Investitionen im laufenden Jahr auf ca. USD 380 Mrd. steigen. Prominente Länder, welche die Marke nicht erreichen, sind unter anderen Spanien, Italien oder Portugal.

Ganz zentral für eine gemeinsame Entwicklung Europas dürften die anstehenden Europaratswahlen im Juni dieses Jahres sein. Je mehr europakritische oder gar Europagegner ins Parlament kommen, desto schwieriger dürfte die Konsensfindung werden. Was bedeutet die Situation für Investoren? Konnten früher Rüstungsaktien problemlos ausser Acht gelassen werden, kommen Investoren immer mehr in eine Zwickmühle. Zum einen dürften staatliche Rüstungsaufträge in Milliardenhöhen über die nächsten Jahre (Schätzungen liegen bis 2030 bei mehr als EUR 500 Mrd.) die gesamte Rüstungsindustrie in neue Sphären hieven zum anderen lässt einen der moralische Aspekt an einer Partizipation daran hindern. Was für einen stimmt, muss jeder persönlich herausfinden. Nebst der klassischen Rüstungsindustrie dürften von einer Aufrüstung aber auch andere Sektoren wie zum Beispiel der IT-Sektor (Cyber-Sicherheit etc.) profitieren. Die anstehenden hohen Ausgaben, welche auch bei einem baldigen Kriegsende kaum zurückgehen würden, dürften die Euro-Zone und die Gemeinschaftswährung zusätzlich belasten.

Verfasser: Sven Mathis

Erstellungsdatum: 16. April 2024

KEY ADVISORS AG, Aeschengraben 9, CH-4051 Basel, Tel: 061 226 20 35, www.keyadvisors.ch

Der vorliegende Bericht wurde von der KEY ADVISORS AG erstellt und dient der Information an Kunden sowie andere interessierte Kreise. Sämtliche im Bericht enthaltenen Informationen basieren auf den von Firmen und Banken zur Verfügung gestellten Unterlagen oder Informationen. Sie wurden mit grösstmöglicher Genauigkeit recherchiert und aufbereitet. Trotzdem können Fehler, Falschangaben, oder Missverständlichkeiten nicht ausgeschlossen werden. Unsere Einschätzungen und Beurteilungen wurden so umsichtig wie möglich erstellt; sie bieten aber keine Gewähr für eine identische zukünftige Entwicklung. Die KEY ADVISORS AG übernimmt daher keine Garantie und keine Haftung für die Richtigkeit der in dieser Publikation vermittelten Informationen.